



Schweiz. Vereinigung Industrie + Landwirtschaft
Association Suisse Industrie + Agriculture
Associazione Svizzera Industria + Agricoltura

gegründet 1918 von Prof. Hans Bernhard und Schweizer Industriellen
für die Landwirtschaft

Geschäftsbericht 2000

Nr. 138, November 2001

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung	1
Zum Strategiepapier Horizont 2010 des Bundesamtes für Landwirtschaft	3
Martin Hürlimann zum Gedenken SVIL-Präsident 1979 bis 1991	11
82. Hauptversammlung der SVIL	15
Rechnungsabschluss 2000	17
Organe der Vereinigung	21

Schweizerische Vereinigung Industrie und Landwirtschaft, SVIL
Postfach 9038 Dohlenweg 28 8050 Zürich
Telefon: 01 302 88 18 Telefax: 01 302 89 20 E-Mail: svil@active.ch
SVIL Online: www.svil.ch
Melioration • Raumplanung • Landerwerb • Hochbau
Zweibüro: Meinisberg/BE

Vorbemerkung

Die Agrarpolitik 2002 mündete 1999 in den Erlass des neuen Landwirtschaftsgesetzes und seiner Verordnungen. Darauf beruht in der Folge der im Parlament beschlossene Zahlungsrahmen 2000 bis 2003. Für die nächste Periode steht bereits der Zahlungsrahmen 2004 bis 2007 zur Diskussion, welcher im Herbst 2001 in die Vernehmlassung gegangen ist. Neben dieser praktischen agrarpolitischen Knochenarbeit, um die das Bundesamt für Landwirtschaft nicht zu beneiden ist und dessen Regulierungserfolge als verwaltungstechnische Gesamtleistung beeindruckend sind, steht jedoch unabhängig eine Evaluation der Ergebnisse der Agrarreform an.

Mit dem Bericht „Horizont 2010“ hat das Bundesamt für Landwirtschaft (BLW) die Evaluation der Agrarpolitik in eigener Sache vor(weg)genommen und in eine Perspektive gestellt, die den Fluchtpunkt der Agrarreform AP 2002 strikte beibehält.

In der nachfolgend abgedruckten Erörterung (S. 3ff.) zu diesem Strategiepapier „zur Weiterentwicklung der Agrarpolitik“, welches vom BLW im Juni 2000 der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, kommen wir auf wesentliche Punkte zu sprechen, die bereits in der SVIL-Schrift Nr. 135 unter dem Titel „Die Landwirtschaft als Chance einer zukunftsfähigen Schweiz — oder Dauerproblem auf dem Weg zur Industrialisierung der Ernährung“ zur Diskussion gestellt wurden.

Dass konzeptionelle Überlegungen in einem grösseren als gerade von Verwaltung und Verbänden abgesteckten Regulierungsrahmen wirklich vonnöten sind, zeigen einerseits die rasanten Auflösungserscheinungen im Industriebereich der Schweiz, aber nicht minder schwerste Brüche in einem dienstleistungsorientierten Immobilienkonzept, das zur Überwindung der Einkommensprobleme im Ersten und Zweiten Sektor der Schweiz gedacht war. Dazu sollte nämlich die „Greater Zurich Area“, ausgerüstet mit einem „hub“, einen Entwicklungsschub im Schweizer Mittelland

auslösen. Ziel war die Ansiedlung international tätiger „head-quarters“. Davon erwartete man massgebliche Wertschöpfungsimpulse im Immobilien/Dienstleistungsbe-
reich als Ersatz für die schrumpfende Industriebasis.

An diesem Konzept neuer Formen der Wertschöpfung im Dienstleistungs-/Immobilienbereich orientiert sich auch die „neue Politik für den ländlichen Raum“. Danach sollten Landwirtschaft und Gewerbe/Industrie als bislang tragende Wirtschaftsbereiche auch des ländlichen Raumes ins Ausland ausgelagert werden. Es wird dabei unterschätzt, dass gerade diese landwirtschaftlichen, gewerblichen und industriellen Produktionsstätten der Landschaft bisher die wirtschaftliche Grundlage der Dienstleistung in den Städten bildeten. In dem Masse, wie nun die eher peripheren Räume ihrer produktiven Basis verlustig gehen, sollen sie nach heutiger Reformidee umgekehrt an das „Städtenetz“ angehängt werden. Dabei soll die Landschaft die neuen Dienstleistungschancen der peripher zu den Agglomerationszentren gelegenen Erholungsräume nutzen und auf diese Weise die auch im Bereich Landwirtschaft stark schrumpfende Wertschöpfung mit der Dienstleistungsnachfrage aus den Agglomerationen kompensieren. Damit wird grundlegend eine Produktionsordnung auf den Kopf gestellt. Das Konzept widerspricht jeglichen Postulaten der Nachhaltigkeit und führt zu einer bisher nie dagewesenen wirtschaftlichen Fremdbhängigkeit, deren Reparaturkosten wir kürzlich deutlich erfahren haben.

Auf Fragen, wie denn eine solche dienstleistungsorientierte Wertschöpfung im ländlichen Raum konkret aussehen könnte, wurde von den Theoretikern der „New Economy“ häufig das Beispiel „Davos“ erwähnt als gelungene Vermarktung der Potenziale der gut erschlossenen, im Nahbereich der Agglomerationen sich präsentierenden schweizerischen Landschaft... Den führenden schweizerischen Wirtschaftskreisen zusammen mit den Raum- und Wirtschaftswissenschaften blieben die Schwierigkeiten einer solchen Immobilienstrategie unter den Bedingungen der internationalen Konkurrenz nicht verborgen. Mit einem eigenen

„think-tank“ wird versucht, das Heft nun stärker in die Hände zu nehmen.

Denn welche Kostenfallen in einem solchen kontinentalen Ringen um metropolitane Vorherrschaften für einen internationalen „hub“ stecken, hat der Fall der „Swissair“, der auch ein Bodenproblem und nicht ein reines Luftverkehrsproblem ist, gezeigt. Denn grundsätzlich geht es beim Gesamtkonzept des „hub“ um ein Immobilienkonzept der Vermarktung der Standortqualität, als sogenannte „unique selling position“, die ja auch dem Flughafen Kloten den neuen (wenig einfallsreichen) Namen gab. Doch auch diese neu anvisierte Dienstleistung findet nicht in den Lüften statt, sondern braucht ihre umfangreiche gewerbliche und industrielle Zulieferstruktur, die sich nicht gänzlich nach Indien auslagern lässt. Diese Versorgungsstrukturen sind vom Frankenkurs und über den inländischen Kapitalüberhang, der ebenfalls die Preise in die Höhe treibt, bekanntermassen betroffen. Deshalb können sie internationaler Konkurrenz, — der ein hub nun einmal verstärkt ausgesetzt ist —, nur beschränkt standhalten. Die darauf angesetzte „hunter“-Strategie wollte dieses Problem mit der economy of scale, also mit Masse der Frequenzen lösen. Das war nicht die Idee des Fluggeschäftes sondern der am Immobilienkonzept interessierten, wenig unternehmerisch denkenden Banken.

Damit zeigt sich, dass die Vermarktung der Schweiz als Dienstleistungsstandort in solchen überrissenen Dimensionen keine Lösung sein kann. Denn der Schwachpunkt des Konzeptes ist derselbe, den man der Landwirtschaft und der Industrie aus Finanzkreisen ständig vorgeworfen hat: sie seien zu teuer. Aber auch ein hub braucht Versorgungsstrukturen, welche prompt die gleichen Schwierigkeiten melden.

Damit sind die bisherigen Reformkonzepte, welche die eigene Landwirtschaft — ohne die Ursachen zu diskutieren — als nicht konkurrenzfähig „extensivieren“ und die Industrien ans Ausland verkaufen wollen, um sie durch die

Dienstleistung zu ersetzen, nicht mehr zielführend. Aus diesem Erfahrungszusammenhang heraus ist auf grundlegenden Kritikpunkte an der eigenen Landwirtschaft, welche für die Agrarreform massgebend waren, zurückzukommen.

Haben wir aus dem Schock des zusammenbrechenden Luftverkehrs und dem folglich unumgänglichen Eingreifen des Staates die richtigen Lehren gezogen? Die Wiederaufnahme der verstärkten internationalen „Kooperation“ in diesem Geschäft, das standortgebunden abgestützt bleiben muss, erhöht die Verletzlichkeit unseres Wirtschaftsraumes. Welches sind die Folgen, wenn grosse Dienstleistungsbereiche, die nicht mehr genügend im Inland abgestützt sind, konkurrenzbedingt wegbrechen?

Und zu unserer Ernährungsgrundlage: Ist in Anbetracht der fortschreitenden, vollständigen Verstädterung der Schweiz die Strategie der ökonomischen „Extensivierung“ der Landwirtschaft und deren Überleitung in die Dienstleistung als Beschönigung für deren faktische Beseitigung der richtige Weg?

Weitere Reform- und Deregulierungsprogramme treiben unseren Lebens- und Wirtschaftsraum — entgegen den offiziellen Strategiezielen und Programmen — in inzwischen schwer vermeidbare Abhängigkeiten und stellen die eigene Wertschöpfungsbasis unserer Wirtschaft mehr und mehr in Frage.

Gerade das wären ja aber die eigentlichen, drängenden Reformfragen, die wir in der Lage sein sollten, gemeinsam zu klären. Hier sind alle aufgerufen, ein erspriessliches Diskussionsklima mit Mut zu klärenden Debatten kreativ zu fördern: „Nur wenn Mensch mit Mensch spricht, alle gegenseitig sich zu verstehen versuchen, wie unter Eidgenossen üblich, können gute Wege gefunden werden“ schrieb SVIL-Präsident Martin Hürlimann an die SVIL-Mitglieder 1991. (siehe S. 11ff.)

Heute, 10 Jahre später, nach zahlreichen Reformschritten

und den vielen entstandenen ungelösten Fragen, ist die Reformdiskussion wieder völlig offen, denn die zu Grunde gelegten Annahmen, die bisher nicht diskutiert wurden, jedoch steigende Schäden verursachen, sind das Problem. Im engeren Themenbereich unserer Auseinandersetzung mit dem Strategiepapier "Horizont 2010" sowie in weiteren an die SVIL-Schrift Nr. 135 sich anschliessenden Schritten versuchen wir, auf die Beschränkungen in der bisherigen "Programmdiskussion" hinzuweisen und zu diskutierende Beiträge zum Reformprozess vorzubringen.

Hans Bieri

Zum Strategiepapier Horizont 2010 des Bundesamtes für Landwirtschaft — ein Beitrag zur Reformdebatte um die Ernährungsgrundlage

Das Strategiepapier "Horizont 2010" sollte zwar in erster Linie als Diskussionsgrundlage für die Beratende Kommission dienen, da es aber gleichzeitig einer "interessierten Öffentlichkeit" zugänglich gemacht wurde, setzen auch die Autoren der SVIL-Schrift Nr. 135 sich mit dem Papier auseinander. Der Text ist aus der erwänten SVIL-Schrift heraus entstanden und soll als Diskussionsbeitrag zur Reformdebatte um unsere Ernährungsgrundlage verstanden werden, die in unserem Land breiter geführt werden muss.

1. Einleitung

Das grundsätzliche Problem ist unseres Erachtens, dass das Strategiepapier gerade keine Diskussionsgrundlage für die Weiterentwicklung der Agrarpolitik ist, sondern eindeutig und klar die Botschaft vermittelt, die Probleme des Agrarsektors liessen sich nur durch eine weitere Erosion der bäuerlichen Landwirtschaft lösen. Die zur Auswahl gestellten 4 Strategien reduzieren sich auf die Möglichkeit zur Auswahl innerhalb einer einzigen Entwicklungsstrategie. Zur Diskussion gestellt werden denn auch **Massnahmen**, nicht **Entwicklungsstrategien**. Alternativen zu dem skizzierten Entwicklungsszenario werden im Papier nicht thematisiert, und die Agrarpolitik wird einseitig auf ihre Funktion der möglichst reibungslosen Umsetzung gegenwärtiger, nicht zukunftsfähiger gesamtwirt-

schaftlicher Entwicklungen im Agrarbereich reduziert.

Wir halten dieses Vorgehen grundsätzlich für problematisch, schon deshalb, weil eine Perspektive über ein Jahrzehnt Pfadabhängigkeiten schafft, die weit über diesen Zeitrahmen hinaus nachwirken. Es wird auch dem Umstand nicht gerecht, dass alle westeuropäischen Industriegesellschaften eine Agrarpolitik betreiben, die zumindest in ihren Zielsetzungen eindeutig über die Bestrebungen zu einer möglichst reibungslosen Unterordnung der Landwirtschaft unter die Funktionsmechanismen der Industriegesellschaft hinausgehen. In der Schweiz, wo diese Zielsetzungen sogar auf Verfassungsebene verankert sind, werden von der Gesellschaft auch finanzielle Mittel zur Realisierung dieser Zielsetzungen zur Verfügung gestellt. Die Agrarpolitik hat also für mehr als nur dafür zu sorgen, dass die Ernährungsbranche wettbewerbsfähig wird.

In der Folge listen wir erstens die grundlegenden Defizite des Strategiepapiers in seiner jetzigen Form auf und formulieren dann unsere Anliegen an das Bundesamt für Landwirtschaft resp. die Beratende Kommission. Wir werfen einige Fragen auf, deren Beantwortung unumgänglich erscheint, wenn heute von längerfristigen Strategien gesprochen wird.

2. Grundlegende Defizite des Strategiepapiers Horizont 2010

Das Papier arbeitet unseres Erachtens oft mit **Begriffen**, **Konzepten** und **Theorien**, die weitgehend unbe-

stimmt bleiben und lediglich Glaubensbekenntnisse darstellen wie die Aussage, "dass in einem dynamischen Prozess ein **optimales Gleichgewicht** zwischen den drei Komponenten Ökonomie, Ökologie und Soziales unter sich laufend verändernden Rahmenbedingungen zu erreichen" sei. **Ökologie** sowie soziale und wirtschaftliche **Systeme** sind aber keine **Komponenten**, sondern hierarchisch geordnete **Systeme**, die Eigenlogiken aufweisen und prinzipiell nicht homogen sind, weshalb es auch kein Gleichgewicht und schon gar kein **Optimum** geben kann. Jede beliebige Kombination kann nach entsprechenden **Wertvorstellungen** als "Optimum" bezeichnet werden. Auf die Botschaft des Papiers bezogen lautet die konkrete Frage: Bei welcher "Strukturbereinigung" ist der optimale Gleichgewichtspfad erreicht?

Auch die Aussage, dass der Familienbetrieb als Organisationsform in Zukunft konkurrenzfähig bleiben und dass "industrielle Betriebsformen" in der Minderzahl bleiben würden, ist ohne jeglichen analytischen Wert, solange keine Kriterien bekannt gegeben werden, worin für das BLW resp. die Verfasser des Strategiepapiers der Unterschied zwischen den beiden "Organisationsformen" liegt. (Der bis in die 1950/60er Jahre in der Praxis der Gesetzesauslegung weitgehend respektierte Unterschied - die Bodenabhängigkeit der Produktion - ist mit dem neuen Landwirtschaftsgesetz ja bekanntlich auch formell aufgehoben worden. - Paradoxiertweise, müsste man angesichts der gleichzeitig formulierten Zielsetzung einer "nachhaltigen" Agrarproduktion noch anmerken.)

Das Gleiche gilt für die Begriffe **Wissen** und **technischer Fortschritt**: Sie werden als Schlüsselfaktoren vorgestellt, aber es wird in keiner Weise thematisiert, welche Orientierung und welche Art von technischem Fortschritt gemeint ist. Es ist jedoch offensichtlich, dass von der **Orientierung** des technischen Fort-

schritts abhängt, was an Nachhaltigkeit, an wirtschaftlichen Möglichkeiten usw. resultiert. **Produktivitätssteigerungen** als Folge des technischen Fortschritts werden als Dauerthema präsentiert (neoklassische Produktionsfunktion), gleichzeitig wird aber nicht einmal definiert, was mit Produktivität gemeint ist. Das Gleiche gilt für den "nachhaltig" bemühten Effizienzbegriff. Effizienz kann bekanntlich nur im Hinblick auf eine **Zielgrösse** definiert werden. Vom Standpunkt der **Nachhaltigkeit** bedeutet Effizienz denn auch etwas ganz anderes als vom Standpunkt einer **heute** auf Märkten gegebenen Kosten- und Ertragssituation aus gegebenen relativen Preisverhältnissen. Der technische Fortschritt kann nicht getrennt von der ökologischen Frage diskutiert werden. Die Triebfeder der Anwendung technischer Fortschritte ist bekanntlich nicht (nur) die wissenschaftliche Entdeckung, sondern (auch) der zunehmende Kapitalverwertungsdruck.

Obwohl im Papier Horizont 2010 von Multifunktionalität und Internalisierung externer Kosten die Rede ist, greifen die Autoren in Bezug auf den technischen Fortschritt jedoch phantasielos auf die alten Positionen einer "Industrialisierung" der Lebensmittelproduktion zurück. Lösungen auf der Basis einer bäuerlichen Landwirtschaft werden gar nicht in Betracht gezogen. Es ist auch nirgends angedeutet, dass untersucht werden soll, welche ökologisch schädlichen Auswirkungen der Ausbau der Graswirtschaft und der Rückgang des Ackerbaus in einzelnen Landesteilen (bspw. Engadin) hat. Das Papier vermittelt in diesem Bereich fatalerweise den Eindruck, dass offenbar nicht sein kann, was nicht sein darf.

Das Papier unterscheidet einmal mehr nicht zwischen den Möglichkeiten der **Nutzung** biotischer (d.h. erneuerbarer) und dem **Verbrauch** mineralischer (d.h. nichterneuerbarer) Ressourcen. Da immer nur von

"natürlichen" oder "Umweltressourcen" gesprochen wird, ist diese Sprachregelung als Grundlage für eine Diskussion über die "Nachhaltigkeit" der Agrarproduktion nicht nur ungeeignet, sondern trägt sogar noch zur Zuspitzung der herrschenden Konfusion in dieser Frage bei. Denn mineralische Ressourcen können lediglich mehr oder weniger sparsam **verbraucht**, nicht jedoch nachhaltig **genutzt** werden, biotische Ressourcen hingegen könn(t)en - unter entsprechenden Rahmenbedingungen - nachhaltig genutzt werden, sind jedoch in der direkten Konkurrenz zu mineralischen (kurzfristig betrachtet) nicht konkurrenzfähig.

Angesichts dieser fehlenden Klärung der Problemstellung ist es fast schon wieder logisch, dass als einzige "Lösung" einfach wieder die alte "Wachse oder weiche"—Strategie propagiert wird – mit dem einzigen Unterschied, dass sie jetzt zum "nachhaltigen" Prozess deklariert wird, weil ein Sozialplan zur Erleichterung des Ausstiegs aus der Landwirtschaft vorgesehen ist (S. 8/9). Der Vorschlag zur Beseitigung "strukturhemmender Bestimmungen" im Boden-, Pacht- und Raumplanungsrecht sowie bei den Höchstbestandesvorschriften (S. 14) macht zudem deutlich, dass das Papier eben gerade nicht "wertneutral" (S. 4) Entwicklungstendenzen aufzeigen will, sondern den Entwicklungspfad einer kontinuierlichen Strukturbereinigung als gegeben betrachtet, den die Agrarpolitik zu unterstützen habe.

Das Recht als Rahmenbedingung zur **Ermächtigung und Beschränkung des menschlichen Handelns** (nicht nur des **wirtschaftlichen**) ist **strukturbildend** nach den Vorstellungen der politisch entscheidenden Bürger und Bürgerinnen. Das Recht als strukturhemmend zu bezeichnen impliziert die Gutheissung einer Strukturentwicklung **jenseits** des geltenden Rechts. Mit der Aussage kann wohl nur gemeint sein, dass Ermächtigungen und Beschränkungen verändert

werden sollen zu Gunsten von **Marktmächtigen** von heute. Welche **Struktur** zugunsten von welcher anderen **Struktur** zu wessen Gewinn und wessen Verlust verändert werden soll, müsste jedoch in höchster Priorität aufgezeigt werden, denn das zu entscheiden liegt in der Kompetenz der Legislative und nicht der Verwaltung.

Mit Strukturwandel wird wohl in erster Linie ganz simpel noch eine Zunahme der jetzigen Verminderung der Zahl der in der Landwirtschaft Tätigen gemeint sein - was man eigentlich auch so sagen könnte, statt sich hinter der Formulierung zu verstecken: "Die Erreichung des Ziels einer wettbewerbsfähigen Landwirtschaft erfordert eine strukturelle Anpassung, die das Mass eines natürlichen Strukturwandels (Hofaufgabe im Rahmen des Generationenwechsels) überschreiten wird." Denn die Hofaufgabe ist auch im Generationenwechsel kein **natürliches** Phänomen, sondern ein unter den heute geltenden, von der Agrarpolitik mitgeprägten Rahmenbedingungen oft zu beobachtender Vorgang. ("Das Bestreben, den Betrieb seinen Nachkommen so ertragsfähig zu übergeben, wie man ihn übernommen" habe, werde weiterhin Gültigkeit haben, steht ja im Horizont 2010 selber geschrieben.)

Die Autoren des Horizonts 2010 sehen in der Nahrungsmittelverarbeitung das grösste Mengenwachstumspotential und den stärksten Beitrag zur längerfristigen Erhaltung der Wertschöpfung für die Landwirtschaft. Da der Preiszerfall der landwirtschaftlichen Rohstoffpreise sowieso weitergehe, liege für die Landwirtschaft die einzige Chance darin, Rohstoffproduzent

für jene Nahrungsmittelverarbeitungs- und Verteilindustrien zu sein, die am Markt voraussichtlich gewisse Wachstumschancen realisieren können. Nach der Portfoliomethode steht deshalb lediglich der Milchsektor zur Diskussion. Das heisst, der Landwirtschaft verbleibt demnach allein die Spezialisierung im Milchbereich, um einkommensmässig noch am wenigsten zu verlieren. Hier - und das ist die zentrale Aussage von Horizont 2010 - könnten von den eh nicht mehr überlebensfähigen Bauern noch am meisten überleben. Ökonomen wie H.C. Binswanger haben aber schon vor längerer Zeit darauf hingewiesen, (an der SVIL-Hauptversammlung 1991, siehe SVIL-Schrift Nr. 128, Oktober 1992, S. 12) dass, wenn es eng wird auf den Märkten, die Bauern gegen die Wertschöpfungsmöglichkeiten der Nahrungsmittelverarbeitungssystembedingt ins Hintertreffen geraten. Gerade diese Abhängigkeit von der Verarbeitungsindustrie und vom Verteilgewerbe, die ja auch ohne Agrarpolitik ohnehin eintreten würde, schlägt das BLW mit dem Horizont 2010 den Bauern vor, noch zu vertiefen.

Uns scheint äusserst problematisch, dass alle im Papier vorgeschlagenen **Massnahmen** lediglich zur Erreichung der Zielsetzung einer Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit beitragen sollen. Diese Strategie scheint uns geradezu naiv und gefährlich, verbunden mit einem Hang zur Selbstdestruktivität (freiwillige, offensive Marktöffnung). Es ist kaum erstaunlich, dass den Autoren da nur noch der **Glaube** an exorbitante Fähigkeiten der Bauern (produktionstechnisches und betriebswirtschaftliches Wissen, Flexibilität und Phantasie für Innovationen usw.) übrig bleibt, über die bestenfalls starke, selbstbewusste und mit einer Zukunftsperspektive rechnende Menschen verfügen, aber

nicht Betriebsleiter, denen (auch) von Seiten der Verwaltung seit Generationen eingetrichtert wird, eigentlich seien sie überflüssig, da sie nur auf Kosten der Allgemeinheit überleben.

Zusammenfassend muss man also sagen, dass das Strategiepapier Horizont 2010 als "Lösung" der Probleme der Industriegesellschaft mit ihrer Landwirtschaft erneut eine Beschleunigung der Auslagerung von Arbeitskräften aus der bäuerlichen **Landwirtschaft** und damit untrennbar verbunden eine Reduktion der **Nutzung** biotischer Ressourcen auf Kosten eines zunehmenden **Verbrauchs** mineralischer Ressourcen in der **Ernährungsindustrie** vorschlägt. Diese Strategie widerspricht aber nicht nur den SVIL-Zielsetzungen einer Integration der beiden Sektoren unter Respektierung ihrer jeweiligen Eigenlogik, sondern auch dem Verfassungsauftrag, wie er in Artikel 104 der BV festgelegt ist.

3. Anliegen und Forderungen an das BLW und die Beratende Kommission

Die "alte" Agrarpolitik ist vor allem deshalb unglaublich geworden, weil sie mit einer graduellen Loslösung der Nahrungsmittelproduktion vom Boden implizit die Botschaft verbreitete, der grundlegende Un-

terschied zwischen Industrie und Landwirtschaft könne aufgehoben werden, obwohl eine bäuerliche Landwirtschaft letztlich nur auf der Nutzung biotischer Ressourcen funktionieren kann. Die graduelle Loslösung der Nahrungsmittelproduktion vom Boden führte dazu, dass man der Landwirtschaft (im Vergleich mit der ganz auf dem Verbrauch mineralischer Ressourcen beruhenden Nahrungsmittelindustrie) einerseits mangelnde Effizienz und andererseits die ökologischen Schäden vorwarf, die sie im Bestreben, mit der Nahrungsmittelindustrie konkurrenzfähig zu werden, verursachte.

Die "neue" Agrarpolitik ist mit dem Anspruch angetreten, dank den "neuen" Massnahmen der Direktzahlungen beide Probleme zu lösen. Was in der Polit-Rhetorik mit dem Slogan von "mehr Markt" und "mehr Ökologie" noch relativ problemlos (weil folgenlos) propagiert werden konnte, erweist sich nun beim Versuch der Umsetzung durch die Verwaltung als wesentlich komplizierteres Unterfangen. Das BLW muss diese Schwierigkeiten aber transparent machen. Denn sie können nur dann gelöst werden, wenn sie benannt und begriffen werden. Wenn nach der Politik nun auch das BLW die Probleme beschönigt statt offen benennt und zur Diskussion stellt, dann werden sie lediglich auf die noch tiefere Ebene der Produzenten und Konsumenten verlagert. Es ist unseres Erachtens deshalb die Aufgabe des BLW:

- a) im Gegensatz zur alten Agrarpolitik den grundlegenden Unterschied zwischen einer agrarischen und einer industriellen Produktion in der Verwaltung und Politik deutlich zu machen und dessen Folgen zu erläutern. Denn dieser Unterschied ist nicht nur die Ursache für die Existenz des BLW selber, sondern auch der Grund, weshalb es in einer

modernen Gesellschaft überhaupt eine Agrarpolitik braucht. Wenn das BLW von den Produzenten und Konsumenten (zu Recht) eine Veränderung ihrer Grundhaltung verlangt, um die multifunktionalen Zielsetzungen der neuen Agrarpolitik erreichen zu können, so gilt das logischerweise auch für die Verwaltung. Eine längerfristige Agrarstrategie kann nicht einfach die aktuellen Trends extrapolieren. Sie muss die Rolle der Landwirtschaft in einer qualitativ von heute verschiedenen, zukunftsfähigeren Schweiz thematisieren. Aus einer solchen Perspektive zentral, und in der Klimakonvention festgelegt, sind die Stabilisierung und dann der Rückgang des Verbrauchs nichterneuerbarer Ressourcen, insbesondere der fossilen Brennstoffe. Dies erfordert eine Evaluierung des Gesamtpotenzials erneuerbarer Ressourcen, von denen die biotischen Ressourcen der Landwirtschaft ebenso ein Teil sind wie etwa die Wasserkraft.

b) die im Strategiepapier vorgeschlagenen Massnahmen konsequenter auf die verfassungsmässig verankerten Zielsetzungen der Agrarpolitik auszurichten. Wenn die BV eine "sichere Versorgung der Bevölkerung" und die "Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen" sowie eine "Pflege der Kulturlandschaft" und eine "dezentrale Besiedelung des Landes" verlangt, können sich die Massnahmen nicht auf eine Beschleunigung des Strukturwandels beschränken, was anti-nachhaltig einen Abbau der Nutzung biotischer Ressourcen bei einer gleichzeitigen Zunahme des Verbrauchs mineralischer bedeutet. Die Kulturlandschaft etwa ist historisch Ergebnis der Nutzung der in Gärten, Felder, Weiden und Wälder gegliederten Gesamtheit der öko-

spezifischen erneuerbaren Ressourcen zur Befriedigung der Gesamtheit der kulturspezifischen Bedürfnisse. Diese Logik erforderte eine Ausgestaltung der an der Nutzung orientierten Besitz- und nicht an der Kapitalisierung interessierten Eigentumsrechte. Es sind nun aber genau die nutzungsorientierten Regelungen, die als "strukturhemmend" wahrgenommen werden. Was es über die Standardrhetorik hinaus wirklich bedeutet, die "Pflege der Kulturlandschaft" oder die "Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen" zu verwirklichen, wird nicht einmal thematisiert. Am Beispiel der Biodiversität wird etwa sichtbar, dass trotz "umweltgerechterer" Produktion Pflanzen- und Tierwelt weiter verarmen. Als nächster Schritt werden jetzt Bonus-Zahlungen vorgeschlagen um diese weitere Verarmung zu verlangsamen. Dies ist nur gerade ein Beispiel, das deutlich macht, wie der Marktdruck zu immer billigerer Nahrungsproduktion mit einem immer dichteren Regulierungsnetz und immer höheren Kosten auf den anderen Ebenen erkaufte wird. Ein Strategiepapier müsste diese Zusammenhänge offen legen.

c) **Alternativen** zum Prozess der **Industrialisierung** der Ernährung, welcher immer noch auf der nicht erneuerbaren Mineraliengrundlage beruht, zu fördern. Dazu muss die Agrarpolitik Rahmenbedingungen schaffen, die es den Produzenten ermöglichen, mittels einer nachhaltigen Nutzung biotischer Ressourcen von den Konsumenten nachgefragte Lebensmittel zu produzieren. Die Tatsache, dass Nahrungsmittel zu Preisen des vergangenen Jahrzehnts weder hormon-, noch BSE-, noch giftfrei garantiert werden konnten, zeigt, wie leichtfer-

tig die Landwirtschaftspolitik international mit der Gesundheit der Menschen umgegangen ist. Sowohl als Konsument wie auch als Bürger würde der Leser eines Strategiepapiers eine prioritäre Auseinandersetzung mit diesem Phänomen erwarten, insbesondere wie zukünftig diese Garantien sowohl für inländisch wie für ausländisch produzierte Nahrungsmittel gegeben werden, zu welchen und zu wessen Kosten. Die Überprüfung der Qualität der Nahrungsmittel wird mit immer höheren Transaktionskosten verbunden sein. Wie werden diese Kosten wieder über die Preise der Nahrungsmittel den Konsumenten angelastet und nicht der Öffentlichkeit? Was bedeutet die Priorität der Gesundheit der Menschen sowie eine ökologisch und sozial vernünftige Agrarpolitik für die internationalen WTO-Regelungen, die heute weit davon entfernt sind, eine nachhaltige Entwicklung zu garantieren. Agrarpolitik kann nicht nur auf die "Leitlinien für eine wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik" des EVD ausgerichtet sein. An eine Agrarstrategie muss die Anforderung gerichtet werden, die relative Bedeutung der Landwirtschaft unter Berücksichtigung ihrer Eigenlogik in einer zukunftsfähigen Schweiz sichtbar zu machen und die Wahlmöglichkeiten alternativer Orientierungen aufzuzeigen.

Vermehrung der Arbeitsplätze in der Landwirtschaft. Das BLW soll den Bauern nicht den **Ausstieg** aus der Landwirtschaft, sondern – wenn schon – das **Bauern** erleichtern.

Hans Bieri, Peter Moser, Rolf Steppacher

- d) Strategien zu entwickeln und Massnahmen in die Wege zu leiten, die die Überlastung der bäuerlichen Familien mit Arbeit abbauen helfen. Untersuchungen haben gezeigt, dass die Arbeitsbelastung heute bei den Bauernfamilien noch vor der Einkommenslage als Hauptproblem empfunden wird. Eine nachhaltige Landwirtschaft ist deshalb nicht denkbar ohne Verringerung der Arbeitsbelastung und eine

Martin Hürlimann zum Gedenken SVIL - Präsident 1979 — 1991



8. Oktober 1924 — 24. Dezember 2000 †

Martin Hürlimann, Präsident der SVIL von 1979 bis 1991, ist an Weihnachten 2000 im 76. Altersjahr, zu Hause am Sihlberg 10 in Zürich-Enge, neben seiner Brauerei, gestorben. Dem Vorstand der SVIL gehörte Martin Hürlimann als Vertreter der Brauerei Hürlimann AG seit 1976 an. Von 1979 bis 1991 war er Präsident der SVIL.

Das geistige Credo der SVIL-Präsidentschaft von

Martin Hürlimann könnte man vielleicht am treffendsten in einer seiner Schriften zusammengefasst finden, der er den Titel „Gemeinschaften“ gab. Darin skizzierte Martin Hürlimann ein bewusstes Zusammenwirken der Menschen, die sich selbst bleiben, „es selber machen“, die Grundlagen ihrer Eigenständigkeit selbst entwickeln und rastlos erneuern. Also keine grosse Programmatik, kein Parkinson, eben — ‚selber machen‘. Diese nüchterne, gemeinschaftlich erwärmende, überall zum Helfen und Anpacken bereite Wesensart von Martin Hürlimann erschloss ihm im Laufe seines Lebens ein enormes praktisches und historisches Wissen und einen Schatz zahlloser lehrhafter Episoden und Anekdoten, mit denen er seine Zuhörer stets in Bann zog und faszinierte.

Als Unternehmer lehnte Martin Hürlimann jene um sich greifende Tendenz, vermehrt alles zu delegieren, ab. Kritisch kommentierte er die zunehmende Verwaltung der tätigen Wirtschaft über die „anonymen Gesellschaftsformen“ der Verwaltungsräte als Ausführer der Finanzwelt, getrennt vom Patrimonium des Nutzungseigentümers, der das Handwerk noch erlernt hat. „Am Schluss weiss niemand mehr, wie’s geht.“ Und präzise aus dieser Erfahrung heraus der drohenden übergreifenden Rentnermentalität, die Wirtschaft überwiegend aus der Sicht der Kapitalrendite zu begreifen, sah Martin Hürlimann als Industrieller die für eine produzierende Gesellschaft positive und tragende Bedeutung auch der Landwirtschaft. Er war auch hier strikte dagegen, Geld zu verteilen für Nichtstun. So bezeichnete er die Lösung mit den Direktzahlungen. Er sah durchaus, welche Logik zu den Direktzahlungen führte. Aber wie die Industrie, die durch eine zu starke Dominanz aus der Finanzwelt letztlich ausgehöhlt wird, verliert auch die Landwirtschaft, wenn sie sich bedenkenlos und betäubt durch Direktzahlungen anderen Einkommensformen zuwendet, den Boden unter den Füßen.

Im Brief an die Mitglieder vom 16. Juli 1991, den man als Vermächtnis des scheidenden Präsidenten zu

Handen der aufkommenden agrarpolitischen Reformdebatte sehen könnte, heisst es:

„ Die steigende Fremdenergieabhängigkeit der Nahrungsmittelversorgung sowie der Landwirtschaft verdeckt zur Zeit die gewöhnlichste aller Einsichten, nämlich dass die Grundlage unserer Ernährung vom landwirtschaftlichen Boden abhängt. Zwar sichert die importierte Energie (auf Erdölbasis) zur Zeit noch einen bisher nie dagewesenen Nahrungsmittelüberfluss. Dieser ist wiederum in der Landwirtschaft als Mengenproblem bekannt und wird auf den „technologischen Fortschritt“ zurückgeführt. Und wir alle stellen uns vor, dass der technologische Fortschritt eine gesicherte Leistungsfähigkeit darstelle, die man uns nicht so schnell streitig machen könne.

- Diese Überproduktion in der Landwirtschaft lässt es als unausweichlich erscheinen, die Anbauflächen für die Nahrungsmittelproduktion zu reduzieren. Dies führt aber auch zu weitreichenden Änderungen jener Wirtschaft, welche die landwirtschaftlichen Produkte weiterverarbeitet.

- Was passiert, wenn z.B. wegen der nicht mehr in gleicher Weise verfügbaren Energie, die Erträge und die Importe nicht nur in der Schweiz sondern in ganz Europa zurückgehen?

- Müssen wir unsere Landwirtschaft nicht auch so einrichten, dass in Zukunft auch ein Weg zurück zu einer flächendeckenden Landwirtschaft mit weniger Fremdstoffeinsatz offen bleibt?

- Sollen wir zulassen, dass wir und unsere Nachbarvölker in Europa von unserer Landwirtschaft und unserem Boden in zunehmendem Mass getrennt werden?

Bisher hatten Produkte oder Dienstleistungen einen bestimmten Marktwert. Seit aber heute auf dem Weltmarkt ein Zentner Weizen 10 Franken kostet, muss die Landwirtschaft produktionsunabhängige Subventionszahlungen erhalten, damit sie nicht kurzzeitig an Kaufkraft verliert.

Heute geht es auch darum, der von der Landwirtschaft abverlangten zusätzlichen ökologischen Leistung einen Wert zuzugestehen.

Aber auch das ist nicht die ganze Wahrheit. Wenn man zugunsten unserer Lebens- und Produktionsgrundlagen weniger Fremdstoff und Maschineneinsatz, dafür aber wieder mehr Arbeit zum ökonomischen Wert erklärt, ist damit die Finanzierung noch nicht gesichert. Ja, es könnte sogar sein, dass dadurch der oben geschilderte Konflikt verdeckt wird und wichtige Weichenstellungen aufgrund falscher Hoffnungen unterlassen werden.“

Zur Stellung und Aufgabe der SVIL wird in diesem Brief weiter ausgeführt:

„Die SVIL als Vermittler zwischen Industrie und Landwirtschaft

Die SVIL ist Sachwalterin unseres Bodens als Lebens- und Ernährungsgrundlage:

Die verschiedenen politischen Meinungen in der Schweiz predigen verschiedene Auswege aus dieser Problematik in die Zukunft. Meist geht es auch nur um pragmatischen Stimmenfang und nicht um langfristige, überlegte Zielsetzungen zur Sicherung der Fruchtbarkeit des Bodens, zu unserer Ernährung und einem sinnvollen Leben. Auch werden regionale Unterschiede oft zu wenig beachtet. Nur wenn Mensch mit Mensch spricht, alle gegenseitig sich zu verstehen versuchen, wie unter Eidgenossen üblich, können gute Wege gefunden werden.

Die SVIL ist neutral, verfiert keine Interessen und kann somit einen guten Beitrag leisten. Jetzt ist noch Zeit, bald jedoch nicht mehr. Jetzt müssen die Wegweiser gemeinsam gesetzt werden. Wir müssen zusammen eine vernünftige Bewirtschaftung unserer Heimat anstreben, wo Dienstleistung, Industrie, Landwirtschaft und Erholung vereint durch die Raumplanung sich gegenseitig ergänzen kön-

nen, die Umwelt zu gemeinem Nutzen geschützt wird und niemand übertreibt.“

Die Hauptaufgabe, ja die Mission der SVIL sah Martin Hürlimann an der 73. Hauptversammlung als scheidender Präsident 1991 darin, der Bevölkerung die Lebenswichtigkeit der Landwirtschaft wieder nahe zu bringen. Die Bedeutung der Landwirtschaft sah Martin Hürlimann aus der Sicht der „grossen Probleme, die auf Europa und seinen Industrien lasten“.

Gehört wurden diese Worte aber auch bei den Mitgliedern der SVIL immer weniger. Dass keine zehn Jahre später neben grossen Namen der schweizerischen Industrie auch die „kleine“ Brauerei Hürlimann nicht mehr existierte und die Hürlimann Immobilien bereits an Immobiliern nichteuropäischer Provenienz übergegangen waren, hat Martin Hürlimann zu seinen Lebzeiten wohl kaum mehr überrascht. Die aufkommende Stimmungslage, auch „das Haus der Grossmutter zu verkaufen“, hat Martin Hürlimann bereits seit gut zehn Jahren als etwas, das „wie eine Krankheit“ die Verantwortlichen erfasst hat, bezeichnet.

Die fremde Übernahme und die Stilllegung der Industrie, den Verkauf der Sudbecken, das Herz der Brauerei, deren Demontage und Abtransport nach St. Petersburg, und darüber hinaus noch den Verlust an Grund und Boden konkret zu erleben und durchzumachen, — bei aller Brillanz zutreffender Prognosen und der Versuche, dies zu verhindern, — hinterlässt bei den Betroffenen viele Fragen. Mit dem ihm leicht zufallenden Scharfsinn und dem Erfahrungswissen einer Primusfigur wusste er im Voraus, was kam, dass es grundfalsch war und später unter enormen Kraftanstrengungen wird korrigiert werden müssen.

Als Bierbrauer war Martin Hürlimann praktischer Erneuerer und Innovator der Brauerei mit Leib und Seele. In der 1999 veröffentlichten Firmengeschichte, „Hürlimann — Fünf Generationen im Zeichen des Bierbrauens“, Hrsg. Verein für wirtschaftshistorische

Studien, Meilen, nimmt der Bericht über seine Geschäftstätigkeit, seine Erneuerungen und Innovationen (Ausbau vom Sudhaus bis zum neuen Verladehof, Birell, Aqvi, Liefervertrag mit Grossverteiler etc.) mit Abstand den meisten Raum ein. Permanent erweiterte Martin Hürlimann die produktive Basis der Brauerei. Diese Innovation durch „Dienst an der Sache“ der Brauerei zu würdigen, ist nicht unsere Aufgabe. Es ist darin aber der tiefere Sinn seiner „Gemeinschaft“, welche nur Bestand hat, wenn die kreative Basis, wenn der Lebenswille, „es selbst zu machen“, weiterhin bestimmend bleibt. Diese Sorgfalt, zur eigenen Basis zu schauen, ist und bleibt die Grundlage.

*

Die Brauerei Hürlimann war mit der Entstehung der SVIL besonders eng verbunden. Der Grossvater, Albert Hürlimann, war zur Zeit des Generalstreiks 1918 Mitbegründer der SVIL und ihr erster Präsident. Es ging darum, die schweizerische Industriegesellschaft gegen Erschütterungen wie den Zusammenbruch des Freihandels und des Liberalismus am Ende des Ersten Weltkrieges — ein Zusammenbruch, den damals so niemand erwartete, — besser zu schützen. Aus dem Wissen, dass auch die soziale Frage gleichwertig mit den wirtschaftlichen Fragen zu behandeln und zu lösen ist, befassten sich unter seiner Präsidentschaft die in der SVIL verbundenen Industrien mit der „Wohnungs- und der Ernährungsfrage“ in der Schweiz — im Sinne einer stabilen Gesellschaft mit einem tragfähigen landwirtschaftlichen Fundament und einem auf diese „landwirtschaftliche Basis angepassten industriellen Überbau“. Hier liegen die geistigen Grundrisse der SVIL.

Martin Hürlimann, Enkel der Gründergeneration der SVIL, ging es ungeschmälert um diesen Zusammenhalt der Gesellschaft. Hier erkannte er die Stärke der Schweiz — aber auch zunehmend ihre Schwäche,

indem die fehlende Solidarität der Regierenden mit den Regierten, die Wehrlosigkeit der eigenen „Leitkühe“ gegen Zugriffe von aussen, stigmatisierte. In seiner erwähnten Schrift „Gemeinschaften“ versuchte er vor Jahrzehnten diese Gedanken einer ganzheitlichen Gesellschaft zu formulieren. Die SVIL sollte in dieser einzuschlagenden Richtung wieder eine Aufgabe übernehmen. Leicht war das, was wieder aus der Industrie kommen sollte, nicht zu formulieren, zumal diese Diskussion nun immer mehr von einem agrarpolitischen Reformlärm überlagert wurde, der seine tieferen Ursachen gerade darin hatte, dass vom Landwirtschaftsgesetz von 1951 immer mehr abgewichen aber immer weniger darüber nachgedacht wurde, worin die Aufgabe einer bodenabhängigen und eigenständigen Landwirtschaft denn für die Zukunft liege. Das war nach seiner Auffassung nicht die Sache von „Verwaltungs- und Verbandstheoretikern“.

Die massgebende Frage lautete, wie die Landwirtschaft in der Gesellschaft eine feste Stellung haben soll. Martin Hürlimann wies fast an jeder Hauptversammlung der 80er Jahre darauf hin, dass das Landwirtschaftsgesetz immer noch aus dem Jahre 1951 datiere, als es noch kein Fernsehen gab... Heute sei es falsch, das Problem stagnierender Einkommen bzw. sinkender Produktionserträge im Lebensmittelbereich mit Preissenkungen zu lösen. Es sei die gleiche Unvernunft, wie sie in der Bierbranche angewandt worden sei, nämlich Ertragsprobleme bzw. stagnierenden Absatz, was ja bei Lebensmitteln nichts Aussergewöhnliches ist, mit einer Senkung des Bierpreises begegnen zu wollen.

Die anhebende Zeit der sogenannten „Agrarreform“ nahm er mit Skepsis zur Kenntnis. 1989 bei einem Besuch bei Direktor Piot, wo es auch um den Hopfenanbau ging, kam es anschliessend zu einem schar-

fen Wortwechsel zwischen diesem beiden nicht leichtgewichtigen Männern, zwischen Romand und Allemann, zwischen Waadtländer und Zürcher, zwischen Bauer und Industriellem, zwischen Beamtem und SVIL-Präsidenten. Martin Hürlimann wies daraufhin, dass das Bundesamt für Landwirtschaft seit geraumer Zeit gegen das Landwirtschaftsgesetz verstosse. Er erinnerte an die berechtigten, jedoch damals überhörten Bedenken von Prof. Howald, der bereits vom Abrücken einer bodenabhängigen Landwirtschaft durch die Hilfsstoffe und den daraus entstehenden Problemen, [die heute nun in der Agrarreform ihre logische Fortsetzung in der als Extensivierung verstandenen Stilllegung findet], gewarnt hatte. Die Menschen seien zu vergesslich. Alles müsse offenbar wieder von vorn erlernt werden...

1991 trat Martin Hürlimann als Präsident der SVIL zurück — nicht um zu privatisieren, wie sich bald zeigte, sondern um das letzte Wegstück mit seiner Brauerei frei von anderen Bindungen allein zu gehen.

Schnell ging die Kunde nach seinem Tod, Martin Hürlimann sei gestorben wie der Heilige Martin an Weihnachten, in seinem Bett, bei offenem Fenster. Doch anders als bei der Legende um den Heiligen Martin, der seinen Mantel teilte, jedoch stets einen zweiten im Legionärsgepäck hatte, — wie Martin Hürlimann immer wieder die Heiligkeit dieser Tat verschmitzt kommentierte: Martin Hürlimann wurde der Mantel des Unternehmens, der Arbeitsplätze, der Versorgung und Fürsorge abgenommen und geviertelt. Martin Hürlimann hat uns diesen Prozess bis zum Ende vorgeführt, „damit auch der Hinterste“, wie er immer sagte, „die Botschaft versteht“.

Hans Bieri

82. Hauptversammlung

Die 82. Hauptversammlung der SVIL fand am 8. Dezember 2000 bei der Firma ETERNIT AG in Niederurnen statt. Direktor Dr. F. Wittenwiler, Vorstandsmitglied der SVIL, begrüßte die anwesenden Mitglieder und Gäste im Vortragssaal der ETERNIT AG. Die Vereinsgeschäfte, wie Geschäftsbericht und Rechnungsabschluss passierten diskussionslos und dem Vorstand wurde Décharge erteilt.

Das Tagungsreferat wurde am Vormittag im Anschluss an die Vereinsgeschäfte vom Glarner Baudirektor, Pankraz Freitag, Nachfolger im SVIL-Vorstand von a. Ständerat Kaspar Rhyner, gehalten. Anschliessend lud die ETERNIT AG die Teilnehmer und Gäste zum Mittagessen ein. Am Nachmittag hatten die Gäste Gelegenheit an einer sehr informativen Betriebsbesichtigung der Firma ETERNIT AG im Werk Niederurnen teilzunehmen.

*

Das Berggebiet der Schweiz unter politischem und wirtschaftlichem Druck

Zusammenfassung des Referats von Regierungsrat und Baudirektor Pankraz Freitag, SVIL-Vorstandsmitglied, anlässlich der 82. Hauptversammlung der SVIL bei der ETERNIT AG in Niederurnen, 8. Dezember 2000

Der heute festzustellende Druck auf das Berggebiet wurde einerseits durch die militärische und politische Entwicklung ausgelöst, welche die Situation, wie sie nach dem 2. Weltkrieg festgelegt wurde, verändert hat. Dieser Vorgang ist positiv zu werten. Andererseits hat das Berggebiet als Rückzugsraum und als Basis der landeseigenen Rohstoffproduktion an Bedeutung verloren.

Globalisierung, Internationalisierung und Deregulierung zeigen Auswirkungen auf Politik und Wirtschaft. Die damit einsetzende Gesetzeswelle macht die Starken stärker und die Schwachen schwächer.

Dieser Vorgang begünstigt die Ansammlung der wirtschaftlichen Mittel an den besten Standorten.

Die meisten Standorte in unserem Relief liegen nicht besonders günstig. Die Globalisierung fördert den Standortwettbewerb. Der Stern des Berggebietes ist deshalb am Sinken. Die Städte werden immer urbaner. Die Generation des Zweiten Weltkriegs und des Alpenréduits stirbt aus. Man gewinnt den Eindruck, auch das Wohlwollen für das Berggebiet sterbe damit aus. Aus dem Berggebiet als einstiger Zufluchtsraum ist ein reines Hindernis für die zunehmende kontinentale Mobilität geworden.

Bei der nachfolgenden Betrachtung werden Freizeit und Tourismus bewusst ausgeklammert.

Die Vertreter der Agglomerationen sehen die Dinge neu und verlangen neue Hilfen über den Finanzausgleich. Sie haben sich diesen Anteil durch Einsitz in den entscheidenden Gremien erkämpft. Da der zu verteilende Kuchen nicht grösser wird, verschlechtert sich die Situation für das Berggebiet. Zwei Beispiele:

1. Das neue Krankenversicherungsgesetz seit 1996 führt dazu, dass der Kanton Glarus für die ausserkantonalen Hospitalisierungen jährlich mehrere Millionen bezahlen muss. Vor Einführung des Krankenversicherungsgesetzes haben die Krankenversicherungsgesellschaften bereits Nettokosten von 6 Mio. Fr. für ausserkantonale Hospitalisierungen für 40'000 Einwohner übernommen.
2. Seit zwei Jahren gibt es eine neue Hochschulverordnung. Nichthochschulkantone müssen deutlich höhere Beiträge für ihre Studierenden bezahlen. Für die teuerste Gruppe, die Medizinstudenten, macht dies in Zukunft Fr. 46'000.- im Jahr aus. Somit kostet die ganze Ausbildung eines Akademikers den Kanton Glarus und die Gemeinden schnell einmal 1/4 Mio. Franken. Da ja längst nicht alle Hochschulabsolventen in den Kanton zurückkehren, wird der Kanton Glarus gezwungen, Investitionen in die Bildung zu tätigen, obwohl der Ertrag woanders anfällt.

Im Weiteren bestehen die Forderungen zur Mitbe-

sowie einen Aufsatz zur *Nachhaltigkeitsdiskussion*. In Bezug auf den Teil C, *Erarbeitung von Massnahmen zur Umkehrung des Verdrängungsprozesses der bodenabhängigen Landwirtschaft und der regionalen Ernährung auf institutioneller, politischer und technologischer Ebene*, stehen die folgenden Aktivitäten auf dem Programm:

a) Landwirtschaft an der expo02

Die SVIL hat sich bereits im Sommer 1999 an die Leitung der expo02 gewandt und das Interesse bekundet, einen Beitrag zum Verständnis der Landwirtschaft in der Industriegesellschaft zu leisten. Im Frühjahr 2000 haben wir den ersten Kontakt führen können. Weitere Schritte folgen.

b) Bauerndemonstrationen vor den Coop-Zentren

Die Verlautbarungen des Coop im Berichtsjahr zu den Preissenkungen bei den Produktpreisen hat einen unserer Kritikpunkte, dass nämlich die unverbindliche Struktur der Branchenorganisationen den Konflikt zwischen den bäuerlichen Produzenten und den industriellen Verarbeitern/Verteilern nicht zu lösen vermag, bestätigt. Ebenso wurde deutlich, dass die Bauern das Problem klarer sehen als ihre Verbände und die Initiative somit "von unten" gekommen ist.

Hier geht es darum, eine Lücke zwischen den bäuerlichen Produzenten und den Konsumenten zu schliessen. Es geht um den Konflikt zwischen der Industrielogik der Verarbeiter/Verteiler und der mit der Natur produzierenden bäuerlichen Produzenten, der sich einseitig auf Kosten der naturnahen Standards verschiebt und deshalb auf Ebene der verbindlichen Geschäftsorganisation gelöst werden muss. Wir haben dazu einige Vorschläge in Vorbereitung.

c) Vermehrter Landwirtschaftsimport aus der Dritten Welt — WEF-Thema 2002, Stellungnahme zur Aktivität der sippo (Swiss Import Promotion Programme)

In der SVIL-Schrift Nr. 135 gehen wir klar davon

aus, dass die Globalisierung für den Ernährungsbereich kein Ziel sein kann. Dem wird nun aus Sicht der Befürworter eines Freihandels auch im Lebensmittelbereich entgegengehalten, dass die Drittweltländer von einem verstärkten Export von Lebensmitteln in die Industrieländer profitieren könnten. Nach dieser Vorstellung, die sich nahtlos aus der Politik der EU mit den AKP-Ländern herleitet, soll neu eine geopolitisch motivierte Arbeitsteilung (Rohstofflieferung aus den Peripherien/Verarbeitung in den Zentren) realisiert werden zwischen den Industrieländern als Konsumenten und den klimatisch bevorzugten Ländern des Südens, die mit Technologie aus den Industrieländern ihre Produktion als zukünftige Produzenten von Nahrungsmitteln bedeutend ausbauen könnten.

In diese Richtung reihen sich auch bereits Anstrengungen des seco (ehem. BIGA), das nun mit der sippo in der Schweiz eine Steigerung dieser Aussenhandelsbeziehungen im Nahrungsmittelbereich vorbei an der einheimischen Landwirtschaft fördert. Hier hat die SVIL die Aufgabe, auch in Bezug auf das WEF 2002 eine deutliche Vorausantwort zu lancieren.

d) Stellungnahme zu Horizont 2010

Die Beratende Kommission muss zu Horizont 2010 bis Mitte März 2001 ihre Position formulieren. Wir haben eine Stellungnahme zum Papier des BLW seit Sommer 2000 erarbeitet. Nun liegt unser Papier seit Januar 2001 vor und ist im vorliegenden Geschäftsbericht 2000 abgedruckt.

Hans Bernhard-Stiftung

Im Berichtsjahr hat die SVIL die Hälfte des Restvermögens der Hans Bernhard Stiftung erhalten. Die Mittel stützen die Umsetzung des oben erläuterten Programmes. Die Mittel sind in der Jahresrechnung 2000 unter den Wertschriften und Kreditoren verbucht.

HB

teilung der Peripherie an den Zentrumslasten der Städte.

Die Privatisierung von staatlichen Diensten, Post, Telefon: Die Post kennt im Staatsgebiet einheitliche Tarife. Der Umfang der angebotenen Dienstleistungen nimmt jedoch unter dem Kostendruck in den peripheren Gebieten ab. Das heisst, Poststellen werden in der Peripherie abgebaut. Damit ist das Prinzip der einheitlichen Preise und der einheitlich angebotenen Dienstleistung unterlaufen.

Telekom: Die Grundversorgung im Bereich der Telekommunikation stellt trotz weitgehenden Marktöffnungen noch kein Problem dar. Die Ausgestaltung der Konzessionsgebühren ist jedoch nicht geklärt! Die Swisscom hat u.a. die Idee, die Sendeanlagen an ausländische Investoren zu verkaufen. Wer hat hier im Konfliktfall den juristischen Zugriff auf diese Kommunikationsanlagen? Soll etwa das Militär eingesetzt werden, wenn solche Anlagen gegen die Interessen des Landes eingesetzt werden? Auch die Atel gehört bereits namhaften ausländischen Investoren...

Strommarktöffnung: Gemäss dem in Vorbereitung stehenden Elektrizitätsmarktgesetz laufen die Berggebiete Gefahr, durch die regionale Kostenverteilung benachteiligt zu werden. Es stehen 400 Mio. Fr. Wasserzinsen auf dem Spiel. Städtische Gebiete mit relativ kurzen Leitungen und viel Stromverbrauch sind billiger als Versorgungsleitungen auf dem Land mit langen Strecken und geringerem Stromverbrauch.

Auch auf dem Strommarkt ist die ökologisch saubere Wasserkraft gezwungen, mit den Wärmekraftkopplungskraftwerken auf fossiler Basis zu konkurrieren. Ein weiterer Preiskampf entsteht möglicherweise wegen den Stromüberschüssen, die von Osteuropa drohen.

Die SVIL könnte dabei auf freiwilliger Basis die Interessen von Industrie und Landwirtschaft, oder möglicherweise von Wirtschaft und Landschaft, zusammenführen und als Forum dienen.

Diskussion.

Die anschliessende Diskussion zeigte, dass die Ausführungen von Regierungsrat Freitag sehr unterstützt wurden. Es wurde einerseits festgestellt, wie die Bevölkerung zu grossen Teilen sehr sorglos mit den eigenen Lebensgrundlagen umgeht. Andererseits fangen viele doch an sich Gedanken zu machen, ob es noch richtig ist, was wir tun. So laufen bereits Bemühungen, wie z.B. die Maschinenfabrik Netstal durch eine aktive Standortpolitik im Kanton gehalten werden kann. Obwohl die Stellung der Schweiz mitten in Europa klar erkannt wird, ist ein Beitritt der Schweiz zur EU in der jetzigen Situation nach Auffassung des Referenten nicht gegeben. Es erfolgte nochmals der Aufruf, dass sich die SVIL mit dieser Fragestellung befassen soll.

Bericht über die Tätigkeit der Geschäftsstelle

Dienstleistungen im Bereich Boden

Im Berichtsjahr 2000 hat die Geschäftsstelle ihre Dienstleistungen im Bereich der rationellen Bodennutzung der Schweiz weitergeführt. Hauptsächlich zu erwähnen ist die Mitwirkung im Bereich Land und Rechte beim Transitgasleitungsbau in der Schweiz als wesentlicher Beitrag zu Erhöhung der nationalen Versorgungssicherheit. Nach wie vor ist die Geschäftsstelle auch engagiert in den Bereichen Bodenschutz, Raumplanung, landwirtschaftlicher Hochbau, Beratungen usw..

Die Landwirtschaft als Chance einer zukunftsfähigen Schweiz

Als Fortsetzung der SVIL-Schrift Nr. 135 wurde für das Jahr 2000 das folgende Arbeitsprogramm beschlossen: Entwurf zur Geschichte über Hans Bernhard, Teil A, sowie Teil B, Besitz und Eigentum – zur Stellung der Landwirtschaft in *Wirtschaft und Recht*,